

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: **Montag, den 20.02.2017**
Sitzungsbeginn: **18:30 Uhr**
Sitzungsende: **21:05 Uhr**
Ort, Raum: **Rathaus, Rathaussaal (EG)**

Sitzungsnummer: **HA/002/2017**

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Harald Jäschke

Stadtvertreter/in

Frau Heidrun Dräger

Herr Heinz Gohsman

Herr Lutz Heinrich

Frau Marlies Reimann

Herr Rainer Wilmer

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Beate Benz

Verwaltung

Frau Marlis Borries-Dettmann

Frau Sandy Mandlik

Herr Jörn Pamperin

Frau Dagmar Poltier

Entschuldigt fehlen:

Stadtvertreter/in

Herr Christian Meyer

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 09.01.2017
- 4 Bericht der Verwaltung
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Anfragen und Mitteilungen
- 7 Standorte für öffentliches WLAN
Vorlage: 008/17/20
- 8 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Boizenburg/Elbe
Vorlage: 014/17/20
- 9 Abstimmung ISEK und Verkehrskonzeption ; Vorlagen 157/16/30/1 + 016/17/30
- 17 Wiederherstellung der Öffentlichkeit
- 18 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V § 31 Abs. 3
- 19 Schließen der Sitzung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Jäschke eröffnet die Sitzung um 18.30 Uhr. Der Hauptausschuss ist mit 5 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Die vorliegende Tagesordnung wird mit einem Abstimmungsergebnis von **5:0:0** genehmigt.

zu 3 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 09.01.2017

Die Niederschrift wird mit einem Abstimmungsergebnis von **5:0:0** genehmigt.

zu 4 Bericht der Verwaltung

Herr Jäschke informiert über den aktuellen Vogelgrippeausbruch in den Gemeinden um Boizenburg und in den Ortsteilen der Stadt. In Bahlendorf und in Gothmann wurden Sperr- und Beobachtungsbereiche eingerichtet. Das gesamte Stadtgebiet befindet sich im 3km-Sperrbereich und durch vorangegangene Funde infizierter Vögel befindet sich auch das Waldgebiet zwischen Schwanheider Tann und zwischen dem Mühlenbach und der nördlichen Gemeindegrenze in einem Sperrbereich. Weitere Funde toter Vögel wurden auch im Stadtbereich und in angrenzenden Gemeinden gemeldet. Durch die Mitarbeiter des Bauhofes werden die aufgefundenen Tiere an die von der zuständigen Behörde beim LKR LUP genannten Sammelstellen verbracht.

Zur Thematik „Partner der Biosphäre“ teilt er mit, dass versucht wird, das Naturerlebnisbad entsprechend zu zertifizieren. Hierzu findet am 22. Februar eine Begehung statt und er verspricht sich hiervon eine Menge an Vorteilen. Die Stadt soll zudem mit anderen Partnern der Biosphäre gesammelt beworben werden durch Flyer und Programmhefte. Die Stadt wird außerdem im Internet verlinkt. Am 07. oder 08. März wird die Kommission tagen, die im Zuge der Zertifizierung eingesetzt worden ist.

Im Rahmen der 2. Fortschreibung des ISEK findet am 22.02.2017 um 19.00 Uhr eine öffentliche Informationsveranstaltung in der Regionalen Schule statt. Am 07.04.2017 wird es eine Informationsveranstaltung zum Verkehrsentwicklungskonzept geben, die zunächst vorgesehen ist im Rathausaal.

Am 20.03. startet ein Projekt, in dem die Stadt Partner der Freien Universität Berlin ist. In diesem Projekt geht es um das Thema Hitzeresilienz. Im Rahmen eines Forschungsprojektes soll untersucht werden, wie sich kleinere und mittlere Städte auf die Herausforderungen

des Klimawandels einstellen können. Das Projekt beinhaltet auch öffentliche Beteiligungen, Kosten für die Stadt erwachsen aus diesem Forschungsprojekt nicht.

Zur Gründung der Versorgungsbetriebe Elbe Media GmbH hatte er im Vorwege schriftlich mitgeteilt, dass die Lauenburger bereit wären, der Verlegung des Firmensitzes nach Boizenburg zuzustimmen. Aufgrund der Beschlussfassung im nichtöffentlichen Sitzungsteil in der Angelegenheit, ist diese nochmal auf die Tagesordnung der Sitzung am 09. März gesetzt worden. Die Beschlussfassung muss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Er teilt weiter mit, dass aufgrund der Intervention von Herrn Gohsmann und Herrn Wilmer sämtliche Haushaltsunterlagen für 2017 dem Landkreis LUP zur Vorprüfung zugeleitet worden sind. Dem Landkreis liegt inzwischen auch vor die Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses zum Jahresabschluss 2013. Zu beiden Dingen muss die Stadt zwar noch nachliefern, dennoch ist er zuversichtlich, dass die Haushaltsgenehmigung dank des Einsatzes von Herrn Gohsmann und Herrn Wilmer ein wenig beschleunigt ablaufen kann.

Herr Wilmer weist darauf hin, dass die vorzeitige Bearbeitung nur galt für das Projekt (Baumaßnahme) Schillerstraße, das auch der eigentliche Anlass für das Gespräch bei der Kommunalaufsicht gewesen ist, damit die Maßnahme nicht über den Zeitraum von 2 Jahren ausgedehnt werden muss.

Anschließend informiert Herr Jäschke darüber, dass es ein Gespräch im Innenministerium des Landes zum Vorhaben Grundschulzentrum gegeben hat. Weitere Bescheide liegen der Stadt nicht vor, aber man ist auf dem Weg zur Klärung der Kofinanzierung der Sporthalle und ein entsprechendes Schreiben diesbezüglich an die zuständige Mitarbeiterin im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung ist ergangen.

Auf die Nachfrage von Herrn Wilmer, dass er einen entsprechenden Vermerk in der Sache so verstanden hat, dass vor dem Herbst des Jahres mit einer Entscheidung nicht gerechnet werden kann, antwortet Herr Jäschke, dass erst im Herbst 2017 klar sein wird, welche Gelder wie verteilt werden können.

Zu den beiden Varianten eines von ihm entworfenen Schreibens an die Mitglieder des Kreisausschusses beim Landkreis LUP zur Drehleiter für die FFW bittet er um Entscheidung für eine der beiden Varianten.

Aus Sicht von Herrn Wilmer sollte das kürzer gefasste Schreiben verwendet werden. Andere Meinungen werden nicht geäußert, insofern wird Herr Jäschke dieses Schreiben an die Mitglieder des Kreisausschusses schicken.

zu 5 Einwohnerfragestunde

Herr Gohsmann nimmt an der Sitzung teil, damit sind 6 Hauptausschussmitglieder anwesend.

Einwohner sind nicht anwesend, insofern entfällt die Einwohnerfragestunde.

zu 6 Anfragen und Mitteilungen

Herr Wilmer fragt, was mit den Erlösen in Höhe von 10,0 T€ aus der Waldbewirtschaftung passiert hinsichtlich ihrer Verwendung. Beschlossen worden war, dass diese Mittel nicht im

allgemeinen Haushalt verwendet werden, sondern gezielt eingesetzt werden sollen für Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Wald. Er würde es für sinnvoll erachten, dem AWTU-OS als zuständigem Ausschuss entsprechende Vorschläge zu machen.

Herr Jäschke merkt dazu an, dass dies in Abstimmung mit dem Forstamtsleiter Herrn Stübe erfolgen wird. Vorgesehen ist, im Mai nochmal eine Waldbegehung zu machen, in deren Rahmen darüber beratschlagt werden könnte.

Zur Frage der Vorfinanzierung von Leitungen im Rahmen von Investitionsmaßnahmen hatte Herr Gohsmann darum gebeten, hierüber mit dem Geschäftsführer der VBE GmbH zu sprechen und Herr Wilmer möchte wissen, ob das stattgefunden hat.

Herr Jäschke teilt dazu mit, dass dieses Gespräch stattgefunden hat, allerdings mit einem unbefriedigenden Ergebnis. Die VBE sind in diesem Fall genauso zu behandeln, wie jede andere Firma, die mit Leitungsverlegungen beauftragt wird, und die Stadt zahlt im Zusammenhang mit Erschließungsmaßnahmen z.B. genau diese Leitungen. So der Standpunkt des Geschäftsführers und er kann diesen nicht entkräften, weil die Versorgungsbetriebe Elbe GmbH in diesen Fällen ein Auftragnehmer wie jede andere Firma auch ist. Normalerweise wird das über die Erschließungskosten umgelegt, wobei es beim B-Plan 30 in Schwartow so ist, dass hier von Anfang an ein politischer Grundstückspreis gewollt worden ist.

Herr Gohsmann führt daraufhin aus, dass die Stadt dann dazu übergehen sollte, die Leistungen für Versorgungsleitungen wie Gas, Wasser und Strom auszuschreiben.

Herr Wilmer schlägt vor, dass der ABSVD dann eine Empfehlung in Richtung Stadtvertretung gibt, dass das für künftige Erschließungsgebiete mitbeschlossen werden soll. Daraus ergibt sich dann nicht mehr der bisherige Automatismus zur Verlegung durch die Versorgungsbetriebe, sondern das die Leistungen ausgeschrieben werden.

Herr Heinrich konstatiert, dass das ja nur für solche Fälle zutrifft, in denen die Stadt als Erschließungsträger auftritt.

Zu der durch die Verwaltung bereitgestellte Terminplanung für gremienrelevante Verwaltungsaufgaben vermisst Herr Wilmer das Thema Friedhof und die Beschlussfassungen zu den ausstehenden Kalkulationen zum Gebührenhaushalt.

Zu dem Gebührenhaushalt wird sich die Stadt bis zum März 2018 zu positionieren haben, so Herr Jäschke. Die Auftragsvergabe soll jetzt erfolgen. Dann wird es diesbezüglich auch entsprechende Termine geben, die logischerweise alle vor dem März 2018 liegen müssen.

Zur Frage des Friedhofs führt er aus, dass es in der letzten Woche ein Telefonat mit dem neuen Fachbereichsleiter bei der Kirchenverwaltung gegeben hat. Dieser hat versichert, dass noch in dieser Woche die Unterlagen an die Stadt geschickt werden.

Herr Wilmer hat dem letzten „Überblick“ entnommen, dass es eine neue Mustersatzung gibt zu den Erschließungsbeiträgen und er bittet um eine Äußerung der Verwaltung, ob es für die Stadt Erkenntnisse gibt, die hieraus resultierend umgesetzt werden sollten. Er nimmt an, dass die Mustersatzung aufgrund von neuen Rechtsprechungen geändert worden ist

Frau Poltier wird sich hierzu sachkundig machen.

Frau Reimann nimmt Bezug darauf, dass Am Mühlenteich (hinter der Mühle) die Kastanien abgenommen wurden und es heißt, dass es Ersatzpflanzungen geben soll. Sie fragt, wo die Ersatzpflanzungen stattfinden werden.

Frau Poltier merkt dazu an, dass die Ersatzpflanzungen an unterschiedlichen Stellen erfolgen sollen. Die genauen Örtlichkeiten stünden aber noch nicht ganz fest. Das StALU ist an einer schnellen Umsetzung interessiert, ausgenommen von den Ersatzpflanzungen ist der Bereich, in dem das Grundschulzentrum geplant ist. Wenn die Flächen konkret sind, würde sie das gerne in einer Sitzung des AWTUOS vorstellen.

Im Jahresabschluss 2013 ist eine Position aufgeführt, aus der hervorgeht, dass noch immer keine Beitragsbescheide für den 2. BA in der Rudolf-Tarnow-Straße verschickt worden sind und Herr Gohsmann fragt, warum das so ist.

Herr Pamperin verweist auf eine Information im Anhang über bereits fertiggestellte Baumaßnahmen, die aber noch nicht abgerechnet worden sind. Mittlerweile ist die von Herrn Gohsmann angesprochene Maßnahme aber abgerechnet worden.

zu 7 Standorte für öffentliches WLAN
Vorlage: 008/17/20

Zum vorgesehenen Standort im Hafen äußert Herr Wilmer aufgrund der Vorfälle in der Vergangenheit, in diesem Bereich zu prüfen, inwieweit mutwillige Zerstörungen auszuschließen sind.

Frau Mandlik sagt dazu, dass diese Frage an die Versorgungsbetriebe weitergeleitet worden ist, mit der Bitte, dass durch die beauftragte Firma prüfen zu lassen.

Beschluss: 008/17/20

Die Stadtvertretung der Stadt Boizenburg/Elbe beschließt die Einrichtung von öffentlichem WLAN an festgelegten Standorten. Eine Umsetzung erfolgt 2017, beginnend durch die Annahme des Angebotes der Versorgungsbetriebe Elbe GmbH zur Einrichtung von vier Standorten. Die dieses Jahr nicht realisierbaren weiteren sechs Standorte werden in den Haushaltsberatungen 2018 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis: 6:0:0

zu 8 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Boizenburg/Elbe
Vorlage: 014/17/20

Herr Jäschke führt aus, dass aufgrund von Hinweisen seitens der Herren Gohsmann und Wilmer und im Ergebnis einer daraus folgenden Rücksprache mit der Kommunalaufsicht eine überarbeitete Anlage zur vorliegenden Beschlussvorlage erforderlich war, die heute Abend vorgelegt worden ist. Die entsprechende Ergänzungsvorlage hierzu wird noch erstellt und wird Bestandteil der Tagesordnung für die Stadtvertretersitzung am 09. März sein. Die Verwaltung schlägt vor, den Text wie in der überarbeiteten Anlage dargestellt, in die Beschlussvorlage zu übernehmen.

Geprüft worden ist verwaltungsseitig auch die Aussage, dass der Ausschuss letztlich auch mit 4 Mitgliedern arbeitsfähig ist. Zutreffend ist das für den Fall, dass sich die Fraktionen auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag mit 4 Mitgliedern einigen.

Herr Wilmer sieht kein Problem darin, wenn der gemeinsame Wahlvorschlag vor Beginn der Stadtvertreterversammlung am 09. März vorliegt. In der Sitzung selbst könnte dann ein entsprechender Änderungsantrag gestellt werden.

Herrn Wilmer ist durch die BIG-Städtebau zugesandt worden die Richtlinie über die Aufwandsentschädigung für Preisrichter (Vergütung Sachverständige) bei Planungswettbewerben. Danach entscheidet der Auslober, ob weitere Personen, die ihre Preisrichterfunktion auf Veranlassung eines Gremiums (Ausschuss, Gemeindevertretung, Verein o.ä.) ausüben, eine Aufwandsentschädigung erhalten. Er geht davon aus, dass die Mitglieder des Hauptausschusses, die Sachpreisrichter sind, nicht schlechter gestellt werden sollten als bei einer Ausschusssitzung, also nach Entschädigungsverordnung.

Herr Jäschke meint dazu, dass hierfür ein Beschluss durch die Stadtvertretung gefasst werden muss. Für den 09.03. wird er allerdings keinen Beschluss mehr vorbereiten, aber möglicherweise für die Sitzung nach dem 09. März 2017.

Nach Frau Reimanns Aussage ist die nächste Sitzung des Preisgerichtes vorgesehen für den 11. Mai 2017.

Herr Wilmer merkt noch an, dass alles, was versicherungstechnische Aspekte betrifft und alle Sitzungen, die nicht von der Entschädigungsverordnung erfasst werden bzw. in diese speziellen Regelungen fallen, für die Sachpreisrichter im „luftleeren Raum“ stattfinden würden. Es sei denn, der Bürgermeister würde für die Tagung des Preisgerichtes eine Hauptausschusssitzung einberufen, was er für die einfachste Regelung halten würde.

Diesem Vorschlag wird von Seiten des Bürgermeisters zugestimmt und schlägt vor, dass der Hauptausschuss eine Empfehlung gemäß der heute vorgelegten überarbeiteten Anlage abgibt.

Abstimmungsergebnis: 4:0:2

zu 9 Abstimmung ISEK und Verkehrskonzeption ; Vorlagen 157/16/30/1 + 016/17/30

Zum Thema ISEK merkt Herr Wilmer an, dass er noch immer vermisst das Votum des SKS.

Herr Jäschke verweist hierzu auf die öffentliche Informationsveranstaltung am 22. Februar, auf der diese Empfehlungen mit vorgetragen werden sollen. Mit allen hier vorgetragenen Empfehlungen und Vorschlägen, auch seitens der Bürgerinnen und Bürger wird sich dann die Stadtvertretung nochmal mit der Thematik befassen.

In Sachen Verkehrsentwicklungsplan führt Herr Wilmer aus, dass dieser nach seiner Auffassung Schwächen aufweist. Er möchte aber noch abwarten, was sich aus der Bürgerbeteiligung ergibt. Zu der Reihe von vorgeschlagenen Maßnahmen müsste nach seiner Ansicht ein Plan dabei sein, was anhand einer Prioritätenliste wann umgesetzt werden soll und wie es zu finanzieren ist. Bis 2020 müsste das außerdem mit der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt korrespondieren.

Herr Gohsmann fragt, ob die einzelnen Fraktionen, wie durch die Verwaltung abgefordert, ihre Stellungnahme zum VEP abgegeben haben. Nach seinen Informationen liegt nur von 2 Fraktionen eine Stellungnahme vor. Noch bevor die Bürgerbeteiligung stattfindet, sollte das VEP zudem gemäß Absprache in einer „1. Lesung“ in der Stadtvertretung besprochen wer-

den. Zur Prioritätenliste erwartet er ebenso wie Herr Wilmer eine Aussage zu kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen.

Hierzu bedarf es auch einer Klärung mit dem Planungsbüro, ob das hierzu in der Lage ist.

Frau Poltier merkt an, dass sie dazu noch einmal den Vertrag einsehen muss, um zu prüfen, welche Leistungen tatsächlich vereinbart worden sind. Das Planungsbüro ist aber durchaus in der Lage, Einzelmaßnahmen zu entwickeln. Insofern könnten Vorschläge für eine Prioritätenliste als auch deren kostenmäßige Untersetzung vom Planungsbüro geleistet werden.

Herr Heinrich sieht als vordringlich an, dass sich die Fachausschüsse mit bestimmten Inhalten beschäftigen müssen, wie beispielsweise der ABSVD mit dem Einzelhandelskonzept, dem ISEK und dem VEP, um einschätzen zu können, was davon wie im Haushaltsplan 2018 untergebracht werden kann. Die Schwerpunkte werden durch die Ausschüsse festgelegt, nicht durch die Verwaltung.

Herr Wilmer weist bzgl. der Radwege noch darauf hin, dass es unbedingt eine Abstimmung geben muss mit dem Kreisentwicklungskonzept (KEK), zu den Dingen, die über die Gemeindegrenzen hinausgehen.

In der Frage der Setzung von Prioritäten fragt er, ob die Möglichkeit bestünde, dass die Planerin hierzu Aussagen machen könnte in der Stadtvertretersitzung am 09.03.2017. Außerdem sollte sich die Verwaltung dazu äußern, welche Prioritäten sie sieht.

Herr Jäschke sagt hierzu, dass die Verwaltung Rücksprache halten wird mit der Planerin und sollte es diesbezüglich versandte Unterlagen geben, würden diese mit der Hauspost am nächsten Mittwoch zugestellt werden.

Herr Gohsmann vertritt die Auffassung, dass es wenig Sinn macht, sich jetzt schon über irgendwelche Prioritäten zu unterhalten, bevor die Bürgerbeteiligung stattgefunden hat.

Herr Heinrich entgegnet, dass es sich hierbei um einen Entwurf, heißt Arbeitspapier, handelt, der nicht unabänderlich ist.

Als Defizite des ISEK benennt Herr Wilmer:

Fehlende Aussagen zur ambulanten ärztlichen Versorgung

Die Schulentwicklungsplanung ist alleinige Angelegenheit des Landkreises, die 1:1 in das ISEK übernommen werden sollte.

Es wird auch keine Aussage dazu getroffen, wodurch die zumindest zeitweise prekäre Situation bei den Kindertageseinrichtungen entstanden ist. Die Stadt hat in der Vergangenheit Druck aus den umliegenden Gemeinden bekommen und wird den auch weiterhin haben, ohne das eine Aussage in Punkto Mittelzentrum gemacht wird. Für die Kinder aus der Stadt selbst könnte man mit den vorhandenen Plätzen gut auskommen. Insofern müsste dieser Punkt in irgendeiner Form Eingang finden.

Zu dem auf Seite 102 unter dem Integrierten Maßnahmen – und Finanzierungsplan aufgeführten Punkt – *Sanierung und Aktivierung ehemaliges Kulturhaus der Fliesenwerke* – merkt er an, dass das in diesem Konzept gar nichts zu suchen hätte, zumal es der Stadt nicht gehöre.

Herr Jäschke entgegnet, dass hierin mehrere solcher Projekte enthalten sind, woraufhin Herr Wilmer darum bittet, dass hierzu ergänzende Angaben gemacht werden.

Abschließend stellt der Vorsitzende fest, dass eine Anpassung auch über die Bürgerbeteiligung noch stattfinden wird, bevor es dann abermals in der Stadtvertretung vorgelegt wird zur endgültigen Beschlussfassung.

zu 17 Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her.

**zu 18 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
lt. KV M-V § 31 Abs. 3**

Der Beschluss aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil wird bekanntgegeben.

zu 19 Schließen der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21.05 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 15.03.17

gez.: Marlis Borries-Dettmann
Protokollführerin